

Kamen, den 20.09.2018

Rede für die Verbandsversammlung am 24.09.18

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Laschet, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Regionaldirektorin, sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Freien Wählergemeinschaften im Ruhrgebiet möchte ich mich bei Ihnen, Herr Ministerpräsident Laschet, bedanken, dass Sie bereits zum dritten Mal in den letzten gut drei Wochen hier im Ruhrgebiet öffentlich in Erscheinung treten, um sich für Belange des Ruhrgebietes einzusetzen.

In der Metropole Ruhr mit seinen über 5 Mio. Einwohnern in 53 Kommunen leben über 200 Nationen. 155 Tausend Unternehmen und 290 Tausend Studierende haben hier ihr zu Hause. Es gibt es über 9000 niedergelassene Ärzte, dazu 108 Kliniken mit 40 Tausend Betten und etwa 270 Tausend Beschäftigte im Gesundheitswesen. Ein gewichtiger menschlicher, kultureller, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Ballungsraum, der mit Leuchtturmprojekten des Regionalverbandes Ruhr wie zum Beispiel Ruhrtalradweg, Römer Lippe Route, Route der Industriekultur, Extraschicht, Day of Song, Ruhr Games, Wissensnacht, Wissensgipfel Ruhr über 8 Mio. Übernachtungsgäste pro Jahr anzieht. Wir können hier auch Internationale Gartenausstellung, die lokal Impulse zu einer innovativen sowie ökologischen Stadtentwicklung auslösen wird, und wir sind auch für Olympische Sommerspiele bestens aufgestellt.

Ein zukünftiges Ziel in der Metropole Ruhr sollte es sein, über Dachorganisationen die noch schlummernden Ressourcen durch gemeinsame Bündelungen in Lehre, Wissenschaft und Forschung mit einer besseren Vernetzung zu den Gründer- und Technologiezentren sowie den lokalen Unternehmen zu optimieren, um so einen kompetentes Entwicklungs- und Wissenschaftszentrum zu schaffen mit Schwerpunktthemen wie Mobilität, nachhaltiger Umweltschutz, Informationstechnologie, Gesundheit und Pflege. Dazu wird der Wille aller Beteiligten, insbesondere der Politik, und Organisationsgeschick benötigt, aber nur geringe finanzielle Impulse. Die Freien Wählergemeinschaften im Ruhrgebiet hoffen sehr, dass die geplante Ruhrkonferenz hierzu Lösungsansätze aufzeigen wird.

Wenn alle endlich mal über ihren Gartenzaun schauen und das Gemeinsame im Blick haben, dann kann es auch schnell zum wirtschaftlichen Erfolg führen.

Breitbandausbau und Digitalisierung sind zwingende Voraussetzungen zum Erfolg. Allein im Kreis Unna sind für den Breitbandausbau in den nächsten Jahren über 160 Mio. € erforderlich. Hier müssen Bund, Land und Wirtschaftsunternehmen den finanziellen Rahmen zur Verfügung stellen.

Denn ungeachtet der seit fast einem Jahrzehnt guten konjunkturellen Rahmenbedingungen sind die finanziellen Verhältnisse vieler Kommunen gerade im Ruhrgebiet mehr als besorgniserregend. Die gute Entwicklung der Steuereinnahmen wird mehr als kompensiert durch die ständig steigenden Aufwendungen in den sozialen Sicherungssystemen und die generelle Kostenentwicklung in vielen Aufgabenbereichen. Hinzu treten die Herausforderungen infolge des starken Zustroms von Flüchtlingen.

Mittlerweile befinden sich die meisten RVR-Kommunen in der Haushaltssicherung oder im Nothaushalt mit sehr hoher Schuldenlast. Ursächlich hierfür der politisch gewollte Strukturwandel im Ruhrgebiet mit dem Verlust von Millionen Arbeitsplätzen in der Montanindustrie der letzten Jahrzehnte. Hiervon hat sich das Ruhrgebiet bis heute mit Arbeitslosenquoten, die etwa dreimal höher als in Bayern sind, nicht erholt. Viele Kommunen müssen 60 bis 70 % ihrer Einnahmen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialaufgaben ausgeben.

Für die Freien Wählergemeinschaften im Ruhrgebiet ist es unverständlich, dass die Kommunen, die ja nur einen geringen Anteil am Gesamtsteueraufkommen erhalten, die Hauptlasten bei den sozialen Eingliederungshilfen und den Kosten der Unterkunft von Sozialhilfeempfängern zu tragen haben. Hier wünschen wir uns dringend eine deutlich höhere Beteiligung von Bund und Land, denn dies sind für uns gesamtstaatliche Aufgaben und nicht überwiegend kommunalspezifische.

Bei der Bewältigung der Finanzkrise, die vor zehn Jahren ihren Höhepunkt fand, sind allein in Deutschland sehr viele Milliarden € zur Schuldenübernahme von Privatbanken und zum Aufkaufen von sogenannten Schrottpapieren eingesetzt worden, um die Finanzsysteme zu retten. Ähnlich könnten die Freien Wählergemeinschaften sich auch eine generelle Lösung für die kommunalen Schulden vorstellen.

Lösungen zu den gerade angesprochen Hauptproblemen sollten bald kommen, denn wenn in zwei Jahren auch in Europa die Zinsen wieder anziehen, dann können wir in den RVR-Kommunen alle bisherigen Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung in die Tonne werfen. Dann müsste mal wieder der „kleine Mann“ mit weiteren erheblichen Grundsteuererhöhungen die Zeche für das bezahlen, was die Politik ihm eingebrockt hat.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Laschet, nehmen Sie bitte einen großen Teil der vorgetragenen Ideen mit auf ihre Wege nach Düsseldorf und Berlin.

Glückauf!